



Protokoll der 18. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. Juni 2018, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratspräsident Fraefel Stefan (CVP/EVP/GLP)
Ratsmitglieder Faust Lisa (GL), Holinger Benjamin (GL) und Odermatt Dominic (FDP)

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

- | | |
|---|---------------------|
| <i>://: Der Rat beschliesst einstimmig, dass die dringliche Resolution „Fernverkehr“ an der heutigen Sitzung beraten wird.</i> | 2018/94 |
| <i>://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme wird dem Änderungsantrag zugestimmt und das Postulat „Ferienbetreuung“ (Nr. 2018/88) vor dem Postulat „Markt“ (Nr. 2014/168) behandelt.</i> | 2018/88
2014/168 |
| 1. Dringliche Resolution „Liestal im Fernverkehr auf das Abstellgleis? Nicht mit uns!“ des Liestaler Einwohnerrates
<i>://: Die Resolution „Fernverkehr“ wird einstimmig verabschiedet.</i> | 2018/94 |
| 2. Protokoll der Ratssitzung vom 31. Mai 2018
<i>://: Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.</i> | - |
| 3. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2018/2019
<i>://: Wahl von Peter Küng (SP) als Ratspräsident, von Werner Fischer (FDP) als Vize-Präsident sowie der übrigen Mitglieder des Ratsbüros gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen.</i> | 2018/91 |
| 4. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen
<i>://: Wahl der vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen in die BPK, FIKO, GPK, GOR, SBK.</i> | 2018/92 |
| 5. Wahlbüro-Ersatzwahl
<i>://: Wahl von Tobias Tanner gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion als Wahlbüromitglied für die restliche Amtsperiode vom 1. Juli 2018 - 30. Juni 2020.</i> | 2018/87 |
| 6. Rechnung 2017 - Berichte Stadtrat und Finanzkommission (FIKO)
<i>://: Die Rechnung 2017, bestehend aus der Einwohnerkasse, den Spezialfinanzierungen und der Bilanz wird einstimmig genehmigt.</i> | 2018/80
2018/80a |

7. Amtsbericht 2017 - Bericht Stadtrat sowie Geschäftsprüfungskommission (GPK) 2018/74
2018/74a
://: Der Amtsbericht 2017 wird einstimmig genehmigt.
8. Strassennetz Zentrum Nord - Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Sondervorlage „Strassennetz Zentrum Nord, 1. Etappe: Baukredit für den Ersatz der Wasserleitungen und den Neubau resp. die Sanierung der Schmutzwasserkanalisation“ 2018/85
2018/85a
://: Den Anträgen der BPK für die Genehmigung eines Bruttokredites von CHF 625'000.-- (inkl. MwSt) für den Ersatz der Wasserleitung sowie eines Bruttokredites von CHF 730'000.-- (inkl. MwSt) für den Neubau respektive die Sanierung der Schmutzwasserkanalisation wird einstimmig zugestimmt.
9. Reglement über Zusatzbeiträge nach dem Ergänzungsleistungsgesetz 2018/93
://: Die Stadtratsvorlage wird einstimmig an die Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) zur Vorberatung überwiesen.
10. Ferienbetreuung - Postulat „Einführung eines Ferienbetreuungsangebotes durch die Stadt Liestal“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Thomas Eugster der FDP-Fraktion 2018/88
://: Das Postulat wird mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.
11. Markt - Bericht Stadtrat zum Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion, von Werner Fischer namens der FDP-Fraktion und Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend dem Liestaler Markt 2014/168
2014/168a
://: Vom stadträtlichen Bericht Nr. 2014/168a zum Postulat wird einstimmig Kenntnis genommen.
://: Das Postulat Nr. 2014/168 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.
12. Feuerwehrverbund Florian - Interpellation „Was wird mit Florian?“ von Thomas Eugster der FDP-Fraktion 2018/86
Vertagung wegen Zeitmangel.
13. Begegnungszone Gitterlibad - Postulat „Begegnungszone beim Gitterlibad“ von Hilman Jackomuthu der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2018/89
Vertagung wegen Zeitmangel.
14. Allmendverordnung - Interpellation „Anpassung der Allmendsverordnung?“ von Markus Rudin der SVP-Fraktion 2018/90
Vertagung wegen Zeitmangel.

Vizepräsident Peter Küng (SP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur letzten Sitzung im Amtsjahr 2017/2018.

Der Einwohnerrat ist von Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) mit E-Mail am gestrigen Abend darüber informiert worden, dass er sich für die heutige Sitzung entschuldigen muss und die heutige Sitzung vom Vizepräsidenten geleitet wird. Büromitglied Werner Fischer (FDP) wird ihn als designierten Vizepräsidenten an der heutigen Sitzung unterstützen und die Rednerliste führen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Ratssitzung wird um 18.00 Uhr geschlossen, da anschliessend noch der von der SP Liestal offerierte Apéro vor dem Rathaus sowie das Amtsjahrschlusssessen im Restaurant Radacker stattfinden wird. Da die Traktandenliste der heutigen Sitzung umfangreich ist, wird es keine Pause geben. Die Ratsmitglieder werden gebeten, ihre Voten kurz zu halten und auf Wiederholungen zu verzichten.
- Ratsmitglied Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) hat mit Schreiben vom 15. Juni 2018 seinen Rücktritt per 30. Juni 2018 erklärt. Das Schreiben wird verlesen und dem Ratskollegen an seiner heutigen letzten Ratssitzung der beste Dank für die geleisteten Arbeiten im Einwohnerrat ausgesprochen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Vorlagen Nr. 2018/94 - Nr. 2018/97

Neue persönliche Vorstösse

- Fernverkehr - Dringliche Resolution „Liestal im Fernverkehr auf das Abstellgleis? Nicht mit uns!“ des Einwohnerrates (Nr. 2018/94)
- Prämieninitiative - Interpellation „Prämieninitiative: Auswirkungen auf Liestal im Fall einer Annahme“ von Patrick Mägli und Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2018/95)
- Standortförderung - Interpellation „Standortförderung Wirtschaftsraum Stadt Liestal“ von Fabian Eisenring der SP-Fraktion und Benjamin Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2018/96)
- Waldpädagogisches Grundkonzept - Postulat „Prüfung eines waldpädagogischen Grundkonzeptes“ von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Bruno Imsand der FDP-Fraktion sowie Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2018/97)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Baumgartner Vreni (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Die Stimmzähler zeichnen unter dem Vorsitz von Denise Meyer (SVP) ebenfalls als Wahlbüro bei der schriftlichen Wahl des Ratspräsidiums sowie des Vizepräsidiums gemäss Vorlage Nr. 2018/91 verantwortlich.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Vizepräsident Peter Küng (SP) nimmt Bezug auf den als Tischpapier verteilten neuen Vorstoss beziehungsweise die *dringliche Resolution „Liestal im Fernverkehr auf das Abstellgleis? Nicht mit uns!“* (Nr. 2018/94) und stellt fest, dass diese sofort beraten würde, sollte dies der Rat beschliessen. Bis zur Ratssitzung ist der neue Vorstoss mit der Mindestanzahl von 8 Unterschriften unterzeichnet und eingereicht worden.

Er kann nach erfolgten Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, dass die **Resolution „Fernverkehr“** (Nr. 2018/94) an der heutigen Sitzung beraten wird.

Patrick Mägli (SP) stellt den Antrag, dass das *Postulat „Ferienbetreuung“* (Nr. 2018/88) vor dem Traktandum betreffend dem Postulat „Markt“ (Nr. 2014/168) behandelt wird. Damit das Ferienbetreuungsangebot nahtlos ab 2019 möglich ist, müsste das Postulat noch vor den Sommerferien an den Stadtrat überwiesen werden.

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Änderungsantrag mit grossem Mehr bei einer Gegenstimme zu und somit wird **das Postulat Nr. 2018/88 „Ferienbetreuung“** vorgängig dem Postulat „Markt“ (Nr. 2014/168) an der heutigen Sitzung beraten wird.

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren betreffend der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Behandlung der traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 13. Juni 2018 mit Berücksichtigung den vorgängig beschlossenen Änderungen.

142 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Dringliche Resolution „Liestal im Fernverkehr auf dem Abstellgleis? Nicht mit uns!“ des Liestaler Einwohnerrates (Nr. 2018/94)

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Liestal, 27. Juni 2018

An

- UVEK, Bundesrätin Doris Leuthard
- SBB, CEO Andreas Meyer
- BAV, Direktor Peter Füglistaler
- Die Ständeräte der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn: Claude Janiak, Anita Fetz, Pirmin Bischof und Roberto Zanetti
- Die Nationalräte der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn: Thomas de Courten, Maya Graf, Susanne Leutenegger Oberholzer, Eric Nussbaumer, Daniela Schneeberger, Elisabeth Schneider-Schneiter, Sandra Sollberger, Sibel Arslan, Christoph Eymann, Sebastian Frehner, Beat Jans, Silvia Schenker, Kurt Fluri, Philipp Hadorn, Bea Heim, Christian Imark, Stefan Müller-Altermatt, Walter Wobmann
- Die Regierungsräte der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn
- Den Landrat des Kantons Basel-Landschaft
- Die Gemeindepräsidenten der Gemeinden
 - Bezirk Liestal: Arisdorf, Augst, Bubendorf, Frenkendorf, Füllinsdorf, Giebenach, Hersberg, Lausen, Liestal, Lupsingen, Pratteln, Ramlinsburg, Seltisberg, Ziefen
 - Bezirk Waldenburg: Arboldswil, Bennwil, Bretzwil, Hölstein, Lampenberg, Lauwil, Liedertswil, Niederdorf, Oberdorf, Reigoldswil, Titterten, Waldenburg
 - Bezirk Thierstein SO: Fehren, Meltingen, Nunningen, Zullwil
 - Bezirk Dorneck SO: Büren, Gempen, Hochwald, Nuglar-St. Pantaleon, Seewen
 - Bezirk Rheinfelden AG: Olsberg

Liestal im Fernverkehr auf das Abstellgleis? Nicht mit uns!

Dringliche interfraktionelle Resolution des Liestaler Einwohnerrats

Sehr geehrte Damen und Herren

*Nach aktuellem Fahrplan führt heutzutage die **schnellste Verbindung** Richtung Mittelland – und in den meisten Fällen auch nach Basel – **für die Einwohner von 36 Gemeinden** aus den Kanton Basel-Landschaft, Solothurn und Aargau (siehe Aufzählung im Verteiler und Anhang) über **Liestal**, verfügt Liestal doch – noch – über Fernverkehrshalte nach Olten, Zürich, Bern und Luzern. Diese 36 Gemeinden zählten am 31. Dezember 2016 **82'393 Einwohner**. **10 Buslinien und die Waldenburgerbahn** (die in den kommenden Jahren totalrenoviert wird und somit noch mehr Fahrgäste erwartet werden) führen aktuell nach Liestal. Obwohl die Agglomeration Liestal damit deutlich über der vom BAV gesetzten Grenze von 70'000 Einwohnern liegt und somit als einwohnerstarke Agglomeration zu gelten hat (Kategorie B), wird Liestal nur in der tiefsten Kategorie C geführt. Und dies hat einen **massiven drohenden Angebotsabbau** zur Folge!*

Die SBB bauen in den kommenden Jahren den Bahnhof Liestal total neu, Liestal hat grosse Bauarbeiten zu erdulden und wird durch die verbreiterte Bahnlinie noch mehr getrennt – erhält aber auch einen attraktiven Bahnhof, der zum Verweilen und Umsteigen lockt.

*Doch statt dem neuen Bahnhof und der Bedeutung des Knotens Liestal Rechnung zu tragen und das Angebot auszubauen, planen die SBB mit dem Fernverkehrskonzept **2035** einen **radikalen Abbau des Angebots** in Liestal: Statt wie heute stündlich ein Fernverkehrshalt nach Bern, Luzern und Zürich, zweimal stündlich nach Olten und dreimal stündlich nach Basel – sowie 2 S-Bahnen nach Basel resp. Olten – sollen ab 2035 **sämtliche Fernverkehrshalte gestrichen** werden: Ein Regioexpress soll zweimal stündlich nach Zürich verkehren, nach Olten führt nur noch 2x stündlich die S-Bahn. Nach Basel sollen 4 S-Bahnen und 2 Regioexpress verkehren. Nach Luzern, Bern etc. muss in Olten oder mit Spitzkehre in Basel umgestiegen werden. Die S-Bahn nach Olten bietet heute in Olten keine guten Anschlüsse, da sie ausserhalb der Taktzeiten .00 resp. .30 in Olten an- resp. abfährt.*

Dies wird sich aufgrund der Trassenbelegungen durch den Fernverkehr auch in Zukunft nicht ändern. Liestal wird damit vom Fernverkehr abgehängt, **die Fahrzeiten Richtung Mittelland verlängern sich um ca. eine halbe Stunde – resp. für Bern und Luzern um 50%**. Auch nach Basel – Hauptpendelstrecke – wird das Angebot verschlechtert, muss doch häufiger die S-Bahn mit fast doppelt so langer Fahrzeit und schlechterem Rollmaterial benutzt werden, weil nur noch 2 Regioexpress statt 3 Fernverkehrszüge halten sollen.

Diese Angebotsverschlechterung trifft nicht nur Liestal, sondern alle obgenannten 36 Gemeinden, deren Anschlüsse über Liestal führen. Sie alle verlieren den Anschluss an den Fernverkehr – über 80'000 Einwohner aus 3 Kantonen. Auch viele Einwohner des Kantons Basel-Stadt und der übrigen Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft sind betroffen, nämlich **all jene, die nach Liestal und in die Agglomeration pendeln**. Auch für sie verschlechtert sich das Angebot. Zudem würden ohne Fernverkehrshalte in Liestal noch mehr Menschen gezwungen, in Basel umzusteigen, was den heute schon stark frequentierten Bahnhof Basel SBB noch mehr belastet.

Dies ist nicht nur für Liestal inakzeptabel, sondern, wie wir meinen, für alle obgenannten Betroffenen. Es liegt somit im gemeinsamen Interesse nicht nur von Liestal, sondern von 36 Gemeinden aus 3 Kantonen, auch im Interesse der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Aargau, die Fernverkehrshalte in Liestal auszubauen, wenigstens zu halten, keinesfalls abzubauen. Ein Interesse, dass auch die SBB eigentlich teilen sollte, denn wenn sich die Fahrzeiten mit dem öffentlichen Verkehr um 30 Minuten verlängern, werden viele Personen auf das Auto umsteigen, was aus vielen Gründen nicht wünschenswert ist.

Wir, der Einwohnerrat von Liestal, fordert daher im Namen seiner Einwohner die obgenannten sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrten Herren Meyer und Füglistaler, sehr geehrten National- und Ständeräte, sehr geehrten Regierungs- und Landräte und sehr geehrten Gemeindepräsidenten auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzusetzen, dass

- **Liestal im Fernverkehrskonzept des BAV zur Kategorie B gezählt wird, und**
- **Liestal auch in Zukunft mindestens einmal stündlich einen Fernverkehrshalt (Kategorie mind. IC oder IR) nach Zürich, Bern und Luzern erhält.**

Für den Einwohnerrat Liestal:

Stefan Fraefel
Fraktionspräsident CVP/EVP/GLP
Einwohnerratspräsident

Werner Fischer
Fraktionspräsident FDP

Michael Durrer
Fraktionspräsident Grüne

Marianne Quensel
Fraktionspräsidentin SP

Hanspeter Meyer
Fraktionspräsident SVP

Mitunterzeichnende:

Rolf Gutzwiller GLP

Daniela Reichenstein FDP

Vreni Baumgartner
Grüne

Patrick Mägli SP

Beat Gränicher SVP

Anhang: Betroffene Gemeinden mit Einwohnerzahlen und öV-Anbindung nach Liestal

Ort	Bezirk	Einwohner 31.12.16	Linie
Büren	Dorneck	1008	72
Gempfen	Dorneck	884	67>111/72
Hochwald	Dorneck	1308	67>111/72
Nuglar-St. Pantaleon	Dorneck	1503	73
Seewen	Dorneck	1017	111
Arisdorf	Liestal	1657	83
Augst	Liestal	1001	81/83
Bubendorf	Liestal	4401	70/71/WB
Frenkendorf	Liestal	6507	S3/78/80/81
Füllinsdorf	Liestal	4404	S3/75/80/81
Giebenach	Liestal	1039	83
Hersberg	Liestal	330	83
Lausen	Liestal	5054	S3/76/78
Liestal	Liestal	14148	Alle
Lupsingen	Liestal	1405	72
Pratteln	Liestal	16153	S3/80/81/83
Ramlinsburg	Liestal	712	93>WB
Seltisberg	Liestal	1306	72
Ziefen	Liestal	1542	70
Olsberg	Rheinfelden	359	99>83
Fehren	Thierstein	594	111
Meltingen	Thierstein	663	111
Nunningen	Thierstein	1878	111
Zullwil	Thierstein	651	111
Arboldswil	Waldenburg	561	71
Bennwil	Waldenburg	641	92>WB
Bretzwil	Waldenburg	775	111
Hölstein	Waldenburg	2457	WB
Lampenberg	Waldenburg	503	93>WB
Lauwil	Waldenburg	333	91>70
Liedertswil	Waldenburg	166	92>70/WB
Niederdorf	Waldenburg	1825	WB
Oberdorf	Waldenburg	2430	WB
Reigoldswil	Waldenburg	1591	70/71
Titterten	Waldenburg	408	71
Waldenburg	Waldenburg	1179	WB
Total		82393	

Vizepräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass die Resolution Nr. 2018/94 den Ratsmitgliedern an der heutigen Sitzung als Entwurf beziehungsweise als Tischpapier zur Kenntnis gebracht wurde.

Das Original der Resolution ist vorgängig der Ratssitzung mit der erforderlichen Anzahl von mindestens 8 Unterschriften unterzeichnet worden.

Gemäss vorgängiger Entscheidung bei der Traktandenlisten-Bereinigung wird die Resolution an der heutigen Sitzung beraten.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt zum Resolutionsbegehren Stellung und hält fest, dass es auch der Stadtrat befürworte, dass sich der Einwohnerrat zu dieser Thematik mit einer Resolution äussert. Wie man bereits in den Zeitungen lesen konnte, durfte man diesbezüglich bereits im Bundeshaus vorsprechen und es wurde auch allgemein anerkannt, dass eine Kantonshauptstadt auch Fernanschlüsse braucht. In Bern muss man sich bewusst werden, dass es nördlich des Jura-Südfusses nicht nur Basel, sondern auch Liestal mit einer Agglomeration von rund 80'000 Menschen gibt. Es kann deshalb nicht sein, dass Liestal zu einem Provinz-Bahnhof degradiert wird. Ständerat Claude Janiak hat bereits eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht. Die Regierung des Kantons Basel-Landschaft wird noch intervenieren und die landrätliche Bau- und Planungskommission beschäftigt sich bereits mit zwei Postulaten zu diesem Thema. Man darf ja nicht vergessen, dass der Umsteigepunkt in Liestal beim neuen Viertelstunden-Takt noch vermehrt an Bedeutung gewinnt. Deshalb braucht es auch halbstündlich einen Fernverkehrsanschluss ab Liestal nach Zürich, Bern und Luzern. Mit einer möglichst deutlichen Verabschiedung der Resolution würde auch ein klares Signal nach Bern geschickt.

Vizepräsident Peter Küng (SP) hält ergänzend zu den bereits gemachten Ausführungen fest, dass gemäss § 52 des ER-Geschäftsreglementes die Resolution zustande gekommen ist, wenn 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder dieser zustimmen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass er anstelle und auftrags des Ratspräsidenten und Verfassers der Resolution einige Punkte ergänzend festhalten möchte. Vom Stadtpräsidenten sind bereits einige wesentliche Punkte festgehalten worden. Gemäss neuesten Zahlen steigen rund 19'000 Personen am Bahnhof Liestal ein, aus oder um. In Zofingen sind es nur gerade rund 10'000 Personen, obwohl Zofingen mittelfristig viel besser als Liestal an den Fernverkehr angeschlossen sein wird. Beim projizierten Kartenausschnitt handelt es sich um einen Auszug aus der soeben erschienenen Broschüre „Fokus öV“ des Verbandes öffentlicher Verkehr betreffend dem öV-Ausbaustritt 2035 und auf dieser Karte figurieren Olten, Arauf, Zofingen südlich des Südjurafusses und auf der Nordseite findet man nur gerade Basel und Delsberg. Im Fernverkehrskonzept des BAV gehört Liestal zwar dem trinationalen Raum Basel an, doch wird man nicht als eigenständiges Zentrum wahr genommen, obwohl die Benützerzahlen des Bahnhof Liestal dies durchaus rechtfertigen würden. Der aktuelle Fahrplan mit den stündlichen Fernverkehr-Verbindungen nach Zürich, Bern und Luzern geht ja für Liestal durchaus in Ordnung. Unter Berücksichtigung der nationalen Investitionen von rund 20 Milliarden Franken sollte es aber schon möglich sein, dass der Halbstundentakt in alle Richtungen auch ab dem Bahnhof Liestal weiterhin möglich sein wird. Auf der Website der SBB kann man nachlesen, dass die SBB zwischen 2019 bis 2025 den Bahnknoten Liestal ausbaut und es das Ziel ist, dass damit eine leistungsstarke öV-Drehscheibe und ein attraktiver Bahnhof für den Kantonshauptort Liestal geschaffen wird, wofür man schliesslich 356 Mio. Franken investiert. Und genau im Jahr der Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs Liestal soll das Fernverkehr-Angebot eine Verschlechterung erfahren und man hat beispielsweise keine direkten Züge mehr nach Luzern. Der neue Viertelstundentakt nach Basel wäre nur eine Aufwertung der Knotenpunkte von Muttenz und Pratteln, weil diese dann in Liestal umsteigen und nicht mehr die Spitzkehre über Basel machen müssten. Und richtig schlimm wird es, wenn man den Ausbauschritt 2030 - 2035 betrachtet, obwohl dieser in Bern noch gar nicht beraten wurde. Gemäss BAV-Vorschlag soll beispielsweise die Verbindung nach Zürich nicht mehr mit dem Interregio-Zug, sondern mit einer schnellen S-Bahn erfolgen.

Der SBB-Gegenvorschlag hätte zur Folge, dass man in Liestal keinen Halbstundentakt nach Bern oder eine direkte Verbindung nach Luzern hätte. Der Halbstundentakt wäre nur mit einer schnellen S-Bahn nach Zürich möglich. Nach Olten käme man jede halbe Stunde nur noch mit der S3 und erst dort hätte man wieder Fernverkehrsanschlüsse. Das Konzept ist von Herrn Andreas Meyer, CEO der SBB, an einer Medienkonferenz vom 09. November 2017 vorgestellt worden. Es ist dringend nötig, dass sich Liestal nun wehrt und mit der vorliegenden Resolution etwas unternimmt.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt die Voten der Vorredner und er ist erfreut darüber, dass man sich nun mit einer geballten Ladung zu einer Problematik äussert, welche hier im Rat schon seit Jahren immer wieder thematisiert wurde. Die Resolution wird wohl im richtigen Zeitpunkt verabschiedet, denn nun kann man darauf auch rechtzeitig noch reagieren und Massnahmen ergreifen.

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die einwohnerrätliche Resolution „Liestal im Fernverkehr auf das Abstellgleis? Nicht mit uns!“ (Nr. 2018/94) wird einstimmig verabschiedet.

143 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokoll

Vizepräsident Peter Küng (SP) informiert, dass das Büro dem Rat die Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolles vom 30. Mai 2018 vorschlägt, da beim Ratsbüro keine Änderungsanträge eingegangen sind

Er kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 30. Mai 2018 wird einstimmig genehmigt.

144 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2018/2019 (Nr. 2018/91)

Vizepräsident Peter Küng (SP) informiert über den Ablauf bzw. die Behandlung der heutigen Wahlgeschäfte, wie er vom Büro vorbesprochen wurde:

- Präsidium und Vizepräsidium sind schriftlich zu wählen.
- Die Wahl des Präsidiums wird wegen der Abwesenheit des Ratspräsidenten an der heutigen Sitzung vom designierten Vizepräsidenten geleitet.
- Die übrigen Büromitglieder können offen und gesamthaft gewählt werden.
- Die Nominierten bzw. die Wahlvorschläge werden aus Zeitgründen nicht verlesen.
- Das Verteilen und Einsammeln der Wahlzettel geschieht durch das Wahlbüro bzw. die vorgängig bezeichneten Stimmzähler.
- Während der Auszählung der Wahlzettel durch das Wahlbüro werden die übrigen traktandierten Geschäfte behandelt.
- Die Wahlresultate werden jeweils am Schluss eines behandelten Traktandums bekannt gegeben.
- Erst nach Bekanntgabe der Wahlresultate erfolgt die nächste Wahl bzw. die Verteilung der Wahlzettel.

Nach erfolgter Umfrage kann vom Vizepräsidenten festgestellt werden, dass der Rat dem vom Büro vorgeschlagenen Wahlprozedere stillschweigend zustimmt.

a) Präsidium

Marianne Quensel (SP) stellt den für das Amtsjahr 2018/2019 vorgeschlagenen Ratspräsidenten Peter Küng vor: Der Vorgeschlagene ist 1969 in Liestal geboren und mitten im Stedtli aufgewachsen. Bei Josy Nussbaumer hatte er in der Klus die Kochlehre absolviert. Im Anschluss an die Lehre hatte er beruflich einen kurzen Abstecher nach Kanada gemacht, bevor er als junger Mann geheiratet hat. Seine Familie war ihm wichtig und er musste sich schon bald eingestehen, dass sich sein Beruf mit dem Familienleben nicht vereinbaren lassen. Als Mitinhaber des Geschäftes „Wollare“ hatte er hautnah erfahren, welche Veränderungen und Herausforderungen es als KMU-Unternehmer an der Rathausstrasse im Stedtli Liestal braucht. Er war bereits Gemeinderat in Seltisberg und mehrere Jahre im Landrat tätig. Seit längerer Zeit ist er im Einwohnerrat und präsidiert auch schon mehrere Jahre die SP Liestal und Umgebung. Bis vor kurzer Zeit war er Basketball-Trainer und er engagiert sich zudem als Vertreter vom Gewerkschaftsbund als Schulrat in der Gewerblichen Berufsfachschule. Ihre Fraktion kann einen erfahrenen Politiker zur Wahl vorschlagen. Die Entwicklung des Stedtli Liestal ist ihm wichtig und nach vielen Erfahrungen und Kurven in seinem Leben steht er heute gestärkt vorne im Landratssaal und beweist heute schon sein Geschick und seine Führungsstärke. Sie ist überzeugt davon, dass er den Rat im nächsten Jahr mit Umsicht leiten und sich für Liestal engagieren wird. Die SP-Fraktion freut sich mit ihm auf ein gutes Wahlergebnis.

Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet oder Wortbegehren angemeldet werden.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

- Eingelegte Wahlzettel:	36
- Ungültige und leere Wahlzettel:	1
- Gültige Wahlzettel:	35
- Stimmen haben erhalten:	
. Peter Küng (SP)	35

://: Peter Küng (SP) wird mit 35 Stimmen für das Amtsjahr 2018/2019 als Ratspräsident gewählt.

Peter Küng (SP) dankt für das Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

Stadtpräsident Daniel Spinnler überreicht dem neuen Ratspräsidenten namens des Stadtrates einen Blumenstrauss und wünscht ihm viel Glück in seinem Amtsjahr als Einwohnerratspräsident.

b) Vize-Präsidium

Daniela Reichenstein (FDP) stellt den von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Vizepräsidenten vor: Werner Fischer ist ein Liestaler durch und durch. Er ist in Liestal aufgewachsen und hat nach den Schulbesuchen in Liestal die Lehre als Landschaftsgärtner und anschliessend auch noch die Meisterprüfung absolviert. Während rund 10 Jahren hatte er zudem noch den Gärtnermeisterverband beider Basel präsiert. Er ist verheiratet und Vater von 2 erwachsenen Kindern. Er ist seit 2013 im Einwohnerrat und war bereits in einigen Kommissionen tätig. Seit 2014 ist er zudem Fraktionspräsident der FDP. Auch ausserpolitisch ist er in Liestal sehr aktiv und ist beispielsweise Rottenchef der 4. Rotte am Banntag, macht aktiv an der Fasnacht und am Chienbäse mit und gehört seit 2005 der Zunft zum Stab an.

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge gemacht oder Wortbegehren angemeldet werden.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

- Eingelegte Wahlzettel:	36
- Ungültige und leere Wahlzettel:	1
- Gültige Wahlzettel:	35
- Stimmen haben erhalten:	
. Werner Fischer (FDP)	35

://: Werner Fischer (FDP) wird mit 35 Stimmen für das Amtsjahr 2018/2019 als Vizepräsident des Einwohnerrates gewählt.

Werner Fischer (FDP) dankt für das Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

c) Wahl übrige Ratsbüromitglieder

Vizepräsident Peter Küng (SP) informiert, dass die von den Fraktionen nominierten übrigen Büromitglieder in der Vorlage Nr. 2018/91 aufgelistet sind und auf das Verlesen der Nominierten verzichtet wird.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die übrigen Büromitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss den Vorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Ratsbüromitglieder für das Amtsjahr 2018/2019 gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Imsand Bruno (FDP)
Meschberger Dominique (SP)
Meyer Denise (SVP)
Steinger Pia (CVP/EVP/GLP)
Zumsteg Hanspeter (GL)

Ersatzmitglieder:

Baumgartner Verena (GL)
Bonjour Bernhard (SP)
Büchi Verena (FDP)
Holinger Lorenz (SVP)
Wunderlin Vreni (CVP/EVP/GLP)

145 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Ersatzwahl in einwohnerrätliche Kommission (Nr. 2018/92)

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass offen und en globo gewählt wird.

://: Gemäss den Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Ratsmitglieder einstimmig in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Derungs Reto (SP) anstelle von Meschberger Dominique (SP) als BPK-Mitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Meschberger Pascale (SP) anstelle von Stoll Diego (SP) als FIKO-Mitglied
- Bühler Joel (SP) anstelle von Meschberger Pascale (SP) als FIKO-Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Derungs Reto (SP) anstelle von Meschberger Dominique (SP) als GPK-Ersatzmitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Fraefel Stefan (CVP/EVP/GLP) anstelle von Steinger Pia (CVP/EVP/GLP) als GOR-Präsident
- Jeitziner Loris (SP) anstelle von Bühler Joel (SP) als GOR-Mitglied
- Bonjour Bernhard (SP) anstelle von Meschberger Pascale (SP) als GOR-Mitglied

Sozial-, Bildungs- und Kulturdirektion (SBK)

- Bühler Joel (SP) anstelle von Nketia Singoh (SP) als SBK-Mitglied
- Jeitziner Loris (SP) anstelle von Bühler Joel (SP) als SBK-Ersatzmitglied

146 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Wahlbüro-Ersatzwahl (Nr. 2018/87)

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass offen gewählt wird.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP Liestal wird einstimmig Herr Tobias Tanner, geb. 1988, Burgstrasse 20a, für die restliche Amtsperiode vom 01. Juli 2018 - 30. Juni 2020 als Wahlbüromitglied gewählt.

147 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Rechnung 2017 – Berichte Stadtrat und Finanzkommission (Nr. 20180/80)

Vizepräsident Peter Küng (SP) erklärt, dass das Geschäft gemäss folgendem Ablauf behandelt wird:

- a) Eintreten
- b) FIKO-Bericht
- c) Fraktionssprecher
- d) Einzelsprecher
- e) Stadtrat
- f) Abstimmung

* * * * *

a) Eintreten

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

b) FIKO-Bericht

Fabian Eisenring (SP) stellt als Präsident der Finanzkommission den Bericht zur Rechnung gemäss Vorlage Nr. 2018/80a vor: Die Rechnung 2018 ist von der FIKO an zwei Sitzungen beraten und geprüft worden. An der einten Sitzung ist von Herrn Gerhard Schmid der ROD-Treuhandgesellschaft der Management Letter vorgestellt und erörtert worden. Die Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von TCHF 3'557 ab und die wichtigsten Budget-Abweichungen werden auch im Kommissionsbericht kommentiert. Der Sozialhilfe-Ausgleich, das Asylwesen, der Bildungsbereich, die Debitorenbewirtschaftung sowie der Personalaufwand waren die diesjährigen Schwerpunktthemen. Die Sozialhilfe ist nach wie vor eine der grössten Aufwandpositionen und die Statistik auf Seite 2 des Kommissionsberichtes zeigt auf, dass Liestal mit einer Sozialhilfequote von 6,2 % im 2016 doch überdurchschnittlich belastet wird, liegt doch die Quote des Kantons bei 2,9 %. Die Ausgleichsinitiative hat für den Stadtrat und auch den Einwohnerrat höchste Priorität. Im Zusammenhang mit den Kostensteigerungen im Asylbereich wurde vom Stadtrat erklärt, dass diese nicht im Einflussbereich der Verwaltung liegen, sondern mit Zuzügen sowie Statuswechseln bei den Asylanten zu begründen sind. Die Budget-Abweichungen im Bildungsbereich sind vor allem auf die Verbuchung des Raumprovisoriums während der Sanierung der Schulanlage Frenken in der Erfolgsrechnung sowie die stetige Entwicklung der Schülerzahlen und Schulklassen zurück zu führen. Gemäss Management Letter der ROD-Treuhandgesellschaft wird die Rechnung 2017 vom Stadtrat und der Verwaltung in einer sehr hohen Qualität präsentiert. Die zum Teil kräftigen Abweichungen zum Budget 2017 sind sicher nicht erfreulich, die FIKO ist aber davon überzeugt, dass der Stadtrat und die Verwaltung wissen, wie man damit umzugehen hat. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird der beste Dank für die Mitwirkung sowie Unterstützung bei der Rechnungsprüfung ausgesprochen. Die FIKO beantragt die Genehmigung der Rechnung 2017.

c) Fraktionssprecher

Michael Durrer (GL) möchte speziell die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung bei der Beratung der Rechnung 2017 hervorheben. Der FIKO wurde sehr genau aufgezeigt, wie es zum Ergebnis sowie den zum Teil grösseren Budgetabweichungen gekommen ist und wo eine Einflussnahme überhaupt möglich bzw. unmöglich ist. Er habe schon das Gefühl, dass der Stadtrat Klarheit und Transparenz schaffen möchte, obwohl dies zum Teil mit einem nicht unbedeutenden Mehraufwand verbunden ist. Mit der Rechnung 2017 wird ein dickes Minus präsentiert, obwohl er den Eindruck habe, dass Stadtrat und Verwaltung sorgfältig und seriös arbeiten. Nicht beeinflussbare Faktoren wie beispielsweise die Steuereinnahmen bekommen jedoch immer mehr Gewicht. Auch steigen die Kosten im Asylbereich, obwohl deutlich weniger Asylgesuche gestellt wurden. Der Kostenanstieg ist beispielsweise im Asyl- und auch Sozialhilfebereich mit Zuzüglern zu begründen, welche auf der Suche nach bezahlbarem freien Wohnraum, der Anonymität in einer grösseren Gemeinde usw. schlussendlich in Liestal fündig werden. Weitere Herausforderungen stehen im Pflege- und Altersfürsorgebereich an. Und es kann und darf ja nicht sein, dass die Verantwortungen sowie Kosten in solchen Bereichen länger und mehr einfach auf die Gemeinden abgewälzt werden. So findet man keine Lösungen, sorgt damit höchstens für Unmut und schafft ein Klima, mit welchem Wut und Vorurteile gegenüber den Betroffenen und Schwächsten in unserer Gesellschaft geschürt werden. Die erwähnten Herausforderungen sind da, betreffen uns alle und können nur gemeinsam gelöst werden. Ein Lösungsvorschlag betreffend den Sozialhilfekosten wird von der Stadt Liestal im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative unterstützt. Der Ball betreffend der Initiative liegt nun beim Kanton und dieser muss nun zeigen, dass er an solidarischen und fairen Lösungen interessiert ist und nicht nur einfach Verantwortungen abgeben möchte, wenn es die eigene Kasse betrifft. Wenn es gelingt, eine gemeinsame Lösung zu finden, welche für alle Beteiligten stimmt, so könnte man gemeinsam auch andere Herausforderungen, wie bereits vorgängig erwähnt, angehen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) äussert, dass der Rechnungssaldo 2017 nicht erfreulich ist und auch nicht den Vorstellungen des Finanzplanes entspricht. Wesentlichen Anteil am höheren Defizit hatten die Pensionskassen-Rückstellungen im 2016, welche auch nicht veranschlagt wurden. Weitere gewichtige Faktoren liegen im Bildungsbereich und vor allem bei den Schulliegenschaften muss man genau schauen, in welche Richtung es gehen soll. Auf die Sozialhilfekosten möchte er nicht auch noch eingehen, doch darf man auf die Ergebnisse der landrätlichen FIKO im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative gespannt sein. Betreffend den Pensionskassenbeiträgen möchte er festhalten, dass es sich um Lohnbestandteile handelt, welche in der Privatwirtschaft so nicht vom Arbeitgeber übernommen würden. Und so muss doch einmal festgehalten werden, dass die Stadt Liestal eine sehr gute Arbeitgeberin ist. Gegen die Rechnungslegung hat seine Fraktion nichts einzuwenden und man wird deshalb dieser auch zustimmen.

Max Schäublin (FDP) hält fest, dass seine Fraktion der Meinung ist, dass die Rechnung 2017 positiv bewertet und man dieser ebenfalls zustimmen wird. Die notwendig gewordene Rückstellung für die Pensionskasse von CHF 5.3 Mio. ist natürlich nicht erfreulich, positiv ist hingegen die Rückerstattung von rund CHF 3.0 Mio. aus dem horizontalen Finanzausgleich. Im Zusammenhang mit den besseren Steuererträgen sollte man hinsichtlich den prognostizierten Steuermehreinnahmen wegen Neuzuzüglern doch nicht gar zu euphorisch sein, betrachtet man die Netto-Bevölkerungszunahme im letzten Jahr. Bei den Schulanlagen ergeben sich Verschiebungen, da diverse Sanierungsarbeiten erst im laufenden Jahr in Angriff genommen werden konnten oder weil im Jahr 2017 ausgeführte Arbeiten nicht im gleichen Rechnungsjahr abgerechnet werden konnten. Bei den Asyl- und Sozialhilfekosten macht die Fremdbestimmung einen sehr grossen Anteil aus und der politische Weg betreffend der Ausgleichsinitiative muss von der Stadt Liestal unbedingt weiter verfolgt werden.

Diego Stoll (SP) findet es schon noch interessant, dass die Rechnung 2017 mit einem höheren Defizit so positiv gewürdigt wird, doch hat dies wohl vor allem damit zu tun, dass die von Liestal selbst beeinflussbaren Arbeiten gut und zur Zufriedenheit erledigt werden. Diejenigen externen Faktoren, die zu einem negativen Saldo führen, sind bekannt und im Zusammenhang mit der Rechnung 2017 schon mehrmals erwähnt worden. Betreffend den Sozialhilfekosten schliesst er sich dem Votum des Fraktionssprechers der Grünen Fraktion an, denn es ist schon wichtig, dass die Gemeinden den ihnen auferlegten Druck nicht an die Direktbetroffenen weitergeben. So ist es wichtig, dass man an der Gesetzgebung und an dem System etwas ändert, wie man dies im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative tut. Der vom Kanton im Zusammenhang mit der Motion von Landrat Riebli eingeschlagene Weg dürfte wohl nicht richtig sein und so ist es doch wichtig, dass sich alle einwohnerrätlichen Fraktionen hier im Saal durchwegs für die lancierte Ausgleichsinitiative aussprechen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die Mittelfraktion der Rechnung 2017 einstimmig zustimmen wird. Das Defizit von CHF 3.5 Mio. würde sich ohne Berücksichtigung der Sonderfaktoren wie die PK-Rückstellungen und der Sonderertrag aus dem horizontalen Finanzausgleich immer noch auf rund CHF 1.2 Mio. belaufen. Im Entwicklungsplan 2013 - 2017 hatte der Stadtrat für das Jahr 2017 noch einen Überschuss von CHF 2.9 Mio. prognostiziert und es zeigte sich einmal mehr, dass die Ergebnisse desselben Rechnungsjahres von Entwicklungsplan zu Entwicklungsplan immer schlechter werden. Erstmals in seiner Zeit als Einwohnerrat ist nun im Jahr 2017 der Fall eingetroffen, dass die Selbstfinanzierung mit 13 % im Minus ist und somit für Investitionen keine Eigenmittel mehr zur Verfügung stehen. In der Rechnung 2012 hatte der Stadtrat noch froh verkündet, dass die Schulden der Einwohnerkasse auf CHF 19,857 Mio. reduziert werden können und dass damit das langjährige Schuldenziel von CHF 20 Mio. bereits per Ende 2012, ein Jahr früher als im Entwicklungsplan vorgesehen, erreicht werden kann. Und fünf Jahre später liegt das verzinsliche Fremdkapital per Ende 2017 wieder bei CHF 40.4 Mio. Das ist im Moment ja noch nicht so schlimm, doch ist zu bedenken, dass 1 Prozent Schuldzinsen doch einen jährlichen Betrag von CHF 400'000.-- an Schuldzinsen ausmacht. Die vorgängig gemachten Aussagen wegen dem fehlenden Handlungsspielraum und der Ausgleichsinitiative kann er ebenfalls unterstützen. Doch muss man auch selbst etwas tun und sich getrauen, beispielsweise Ausgaben und Dinge in Frage zu stellen, was man bis jetzt nicht getan hatte. In der Zukunft wird man wohl verschiedene Probleme selbst lösen müssen. Und man muss sich auch getrauen und die Frage stellen, ob alles was man tun und ausgeben möchte, auch wirklich nötig ist oder ob darauf nicht doch verzichtet werden könnte. So hatte auch Ernst Reinhardt einmal gesagt, dass alle Werte spätestens dann zu hinterfragen sind, wenn man sie nur noch bewahren kann, indem man auf ihnen beharrt. In diesem Sinne wünscht er dem Rat viel Mut für die Zukunft.

d) Einzelredner

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass sich aus dem Rat keine Einzelredner zur Rechnung 2017 äussern möchten.

e) Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler merkt an, dass er die fast legendären Rückblicke und Vergleiche von Rolf Gutzwiller künftig wohl schon etwas vermissen wird. Andere Gemeinden des Kantons können mit positiven Rechnungsabschlüssen im Jahr 2017 brillieren und in Liestal schliesst die Rechnung 2017 nicht mit einem budgetierten Defizit von CHF 611'000.--, sondern gar mit einem Defizit von CHF 3.577 Mio. ab und da tauchen sicher berechnete Fragen bei solchen Budget-Abweichungen auf. Gemäss Verfügung des Kantons mussten alle Gemeinden die Neubewertungsreserven per Ende 2017 auflösen, was im Falle von Liestal

den Betrag von TCHF 281 ausmachte. Andere Gemeinden verfügen aber über wesentlich mehr Immobilien sowie Verkehrswerte als Liestal und konnten somit die Rechnung 2017 um mehreren Millionen verbessern. Und klammert man noch die Sondereffekte betreffend den Pensionskassenrückstellungen und Finanzausgleichrückerstattung aus, verbleibt noch ein Defizit von rund CHF 1.3 Mio. Die Rückerstattung des Kantons von CHF 750'000.- an Liestal im Zusammenhang mit der Fairnessinitiative ist zwischenzeitlich eingetroffen, konnte aber nicht mehr der Rechnung 2017 gutgeschrieben werden, ansonsten wäre die Budget-Abweichung äusserst gering. Obwohl sich die Bevölkerungszunahme nicht mit den Prognosen deckt, konnte man bei den Steuereinnahmen ein sehr erfreuliches Wachstum zur Kenntnis nehmen. Die notwendig gewordenen Pensionskassen-Rückstellungen waren vermutlich keine grosse Überraschung, waren diese doch schon seit längerer Zeit absehbar. Die PK-Sanierung macht halt schon einen grossen Anteil an der Schuldenzunahme aus. Die Rückstellungen von CHF 5.3 Mio. waren nötig wegen der Senkung des technischen Zinssatzes, damit die Rentner keine Rentenkürzungen erfahren. Solche Massnahmen sind gemäss Bundesgesetz jedoch auch bei KMU-Betrieben sowie Grosskonzernen nötig. Und betreffend der Ausgleichsinitiative möchte er doch noch speziell erwähnen, dass Liestal einen Anteil von 12,7 % der Sozialhilfekosten aller Gemeinden des Kantons zu tragen hat. So könnte man sich durchaus fragen, ob denn der kantonale Finanzausgleich wirklich gerecht ist oder ob nicht einzelne Gemeinden stark benachteiligt werden. Zu berücksichtigen ist zudem, dass die Sozialhilfekosten-Statistik im Vergleich mit den eigenen Zahlen von Liestal um den Betrag von rund CHF 700'000.-- abweicht und der Anteil von 13 % übersteigen dürfte. Auch im Nachbarkanton Aargau hatten die Folgekosten eines Mörders für Gefängnis- und Heimkosten eine kleinere Gemeinde beinahe in den Ruin getrieben und auch in solchen Fällen wäre doch ein fairer und solidarischer Finanzausgleich des Kantons und seiner Gemeinden zu erwarten. Hoffentlich wird auch dem Landrat im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative klar und bewusst, dass man einzelne Gemeinden nicht weiterhin so hängen lassen kann.

e) Abstimmung

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er deshalb über den Antrag des Stadtrates gemäss Seite 10/55 der Vorlage Nr. 20180/80 abstimmen lässt, welcher identisch mit demjenigen der FIKO ist.

://: Die Rechnung 2017, bestehend aus der Einwohnerkasse, den Spezialfinanzierungen und der Bilanz wird einstimmig genehmigt.

148 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Amtsbericht 2017 - Berichte Stadtrat sowie Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2018/74)

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) nimmt als GPK-Präsident Bezug auf den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2018/74a und hält fest, dass er sich gemäss Empfehlung des Ratspräsidiums eingangs der Sitzung kurz fassen wird. Der Amtsbericht ist von der GPK gemäss gesetzlichen Grundlagen geprüft worden. Verschiedenen Bereichen hatte man sich vertieft gewidmet. Die Fragen der GPK sind vom Stadtrat und der Verwaltung schriftlich beantwortet worden, was der Beilage zum Kommissionsbericht entnommen werden kann. Der Amtsbericht ist ein wertvoller Teil der Geschichtsschreibung und zeigt in groben Zügen die Tätigkeiten der kommunalen öffentlichen Hand des vergangenen Jahres auf. Gesamthaft hat die GPK einen guten und positiven Eindruck bekommen. Betreffend den Feststellungen sowie speziellen Hinweisen der GPK wird auf die Vorlage Nr. 2018/74a verwiesen und dem Rat die Genehmigung des Amtsberichtes 2017 beantragt.

Bernhard Bonjour (SP) äussert, die SP-Fraktion schliesse sich dem Bericht und den positiv gewonnen Erkenntnissen der GPK an. Auf der Verwaltung und in den Betrieben wird gut gearbeitet und an dieser Stelle möchte er doch festhalten, dass selbst bei wachsenden Aufgaben und Bevölkerungswachstum diese Arbeiten seit Jahren mit unverändertem Personalbestand bewältigt werden. Es ist vermutlich nicht auf ewig so, dass all die Aufgaben immer mit denselben Ressourcen erledigt werden können. Auch scheinen beispielsweise die Arbeitsplätze im Rathaus doch eher knapp zu sein. Für gute Arbeiten sind auch die entsprechenden Bedingungen zu schaffen. In der Fraktionssitzung ist er darauf aufmerksam gemacht worden, dass die vom Stadtrat im Jahr 2015 und 2016 in Aussicht gestellten Sozialberichte als Bestandteile des Amtsberichtes noch immer nicht vorliegen.

Dominik Beeler (GL) führt aus, dass seine Fraktion mit der Berichterstattung über das vergangene Jahr ebenfalls zufrieden ist und auch die Transparenz des Stadtrates und der Verwaltung schätzt. Dem Amtsbericht wird man ebenfalls zustimmen.

Hilman Jackomuthu (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass die von der GPK gestellten Fragen zur Zufriedenheit beantwortet wurden und die Mittefraktion den Amtsbericht 2017 ebenfalls genehmigen wird.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die gute Aufnahme des Amtsberichtes 2017 sowie die positiven Rückmeldungen der GPK und einwohnerrätlichen Fraktionen. Die zahlreichen und vielfältigen Aufgaben können nur mit einer guten Zusammenarbeit des Stadtrates und der Verwaltung bewältigt werden. Der fehlende Sozialbericht wird zusammen mit dem Budget 2019 vorgelegt, da die statistischen Zahlen auch jeweils erst im Sommer vorliegen.

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäfte keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der GPK abstimmen lässt.

://: Der Amtsbericht 2017 wird einstimmig genehmigt.

149 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Strassennetz Zentrum Nord - Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Sondervorlage „Strassennetz Zentrum Nord, 1. Etappe: Baukredit für den Ersatz der Wasserleitungen und den Neubau resp. die Sanierung der Schmutzwasserkanalisation (Nr. 2018/85)“

Thomas Eugster (FDP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht zum Geschäft gemäss Vorlage Nr. 2018/85a vor: Die wichtigsten Feststellungen der Schwerpunktbetrachtungen sind im Bericht festgehalten, so beispielsweise auch, dass in der BPK der Sanierungsbedarf unbestritten ist. Die Realisierung der Arbeiten in 6 Etappen wurde von der BPK ebenfalls geprüft und gutgeheissen. Die Anträge des Stadtrates und der BPK betreffend der Baukredithöhen sind unterschiedlich und die höheren Kosten gemäss BPK-Anträgen sind damit zu begründen, dass die Stadtratsanträge auf den Zahlen des Vorprojektes basieren und diejenigen der BPK auf neuen und genaueren Zahlen beruhen.

Dominique Meschberger (SP) informiert, dass die Etappierung der Bauarbeiten in ihrer Fraktion nochmals diskutiert wurde, doch ist man schlussendlich auch zum Resultat gekommen, dass eine solche nötig ist. Die SP-Fraktion wird die BPK-Anträge unterstützen.

Markus Rudin (SVP) berichtet, dass in der SVP-Fraktion der Sanierungsbedarf und auch die Etappierung der Arbeiten unbestritten ist, zumal beispielsweise die bestehenden Gussleitungen sowie Schächte zu alt und/oder auch zu klein sind. Seine Fraktion wird beiden BPK-Anträgen einstimmig zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass beim vorliegenden Bauprojekt sehr viel Geld investiert bzw. wortwörtlich verlockt wird und man davon am Schluss gar nichts mehr sieht. Etwas unschön ist, dass die Bauarbeiten der Stadt betreffend den Werkleitungen und diejenigen des Kantons betreffend dem Strassenbau nicht besser koordiniert werden konnten. Insgesamt muss man wegen der Etappierung mit einer längeren Bauzeit rechnen, doch bringt dies Vorteile für die Verkehrsbenützer mit sich. Ihre Fraktion wird die Anträge der BPK ebenfalls unterstützen.

Hanspeter Zumsteg (GL) führt aus, dass seine Fraktion den Anträgen mit gutem Gewissen zustimmen kann. Seine Fraktion möchte aber das sehr wichtige Anliegen mit auf den Weg geben, dass die Stadt bei der gemeinsamen Planung mit dem Kanton mit Nachdruck darauf hingewirkt werden sollte, dass gleich gute Lösungen wie bei der Rheinstrasse mit separaten Spuren für den Veloverkehr gefunden werden.

Vizepräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass die Anträge des Stadtrates und diejenigen der BPK nicht identisch sind und er diese bei der anschliessenden Abstimmung gegenüberstellen wird.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die positiven Rückmeldungen der BPK und des Einwohnerrates zu diesem Geschäft. Die Etappierung sowie Koordination der Bauarbeiten mit dem Kanton ist nötig. Wichtig ist auf jeden Fall, dass die erste Bauetappe vor Inangriffnahme der Bauarbeiten bei der Oristalunterführung abgeschlossen ist. Die beantragten Kredite der BPK sind wegen den neuesten Erkenntnissen und Zahlen präziser als diejenigen des Stadtrates, weshalb die Stadtratsanträge gemäss Vorlage Nr. 2018/85 zurückgezogen werden.

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun nur über die BPK-Anträge abstimmen lässt.

- ://: Der Antrag der BPK für einen Bruttokredit von CHF 625'000 inkl. 7.7% MwSt (Investitionskonto 7101.5030.0202) für den Ersatz der Wasserleitung wird einstimmig genehmigt.
- ://: Der von der BPK beantragte Bruttokredit von CHF 730'000 inkl. 7.7% MwSt (Investitionskonto 7201.5030.0202) für den Neubau respektive die Sanierung der Schmutzwasserkanalisation wird einstimmig genehmigt.

150 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Reglement über Zusatzbeiträge nach dem Ergänzungsleistungsgesetz (Nr. 2018/93)

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat das Eintreten nicht bestritten wird.

Das Büro beantragt dem Rat, die stadträtliche Vorlage der Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) zur Vorberatung zu überweisen.

Die Ratsmitglieder möchten sich nun zum Überweisungsantrag des Büros äussern.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) informiert, dass die Mittefraktion den Antrag des Büros unterstützt. Es ist der ausdrückliche Wunsch seiner Fraktion, dass die finanziellen Auswirkungen des neuen Reglementes klar dargelegt werden. Auch sollten die Formulierungen im Reglement von der GOR genau angeschaut werden, da beispielsweise einige Begriffe nicht ganz klar sind.

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortebegehren angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2018/93 wird einstimmig an die Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) zur Vorberatung überwiesen.

151 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Ferienbetreuung - Postulat „Einführung eines Ferienbetreuungsangebotes durch die Stadt Liestal“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2018/88)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Patrick Mägli SP-Fraktion	Michael Durrer Grüne Fraktion	Vreni Wunderlin CVP/EVP/GLP-Fraktion	Thomas Eugster FDP-Fraktion
------------------------------	----------------------------------	---	--------------------------------

Liestal, 22. Mai 2018

Postulat

Einführung eines Ferienbetreuungsangebotes durch die Stadt Liestal

Im Jahr 2012 hat der Verein Ferienbetreuungsinitiative (FBI) begonnen, mit ihren Ferienbetreuungsangeboten für Primarschülerinnen und Primarschüler eine grosse Lücke bei den Betreuungsangeboten für Kinder von erwerbstätigen Eltern zu füllen. Nach Jahren der Aufbauarbeit betreut die FBI während den Schulferien bis zu 70 Schulkinder und leistet jährlich über 500 Betreuungstage. Häufig können aus Kapazitätsgründen nicht alle Anfragen berücksichtigt werden. Die Stadt unterstützt die FBI mit jährlich CHF 15'000.

Die FBI wird massgeblich von Freiwilligen getragen, welche während Jahren einen grossen Einsatz ohne Entgelt leisteten. Mangels Nachfolgelösung bat die FBI nun den Stadtrat, die Ferienbetreuung per 2019 zu übernehmen. Der Stadtrat lehnte dies ab. Er möchte am bisherigen Modell festhalten. Die FBI erachtet dies jedoch wegen der fehlenden Nachfolge nicht als realistisch, weshalb das Angebot per 2019 eingestellt werden müsste.

Es ist heute sehr häufig, dass beide Elternteile von Schulkindern erwerbstätig sind. Während der Schulzeit leisten dabei familienergänzende Tagesstrukturen einen wichtigen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Erwerbstätige Eltern haben aber nicht wie die Kinder 13 bis 14 Wochen Ferien und sind daher auf Betreuungsangebote während der Schulferien angewiesen. Die Organisation dieser Betreuung ist für viele Eltern sehr schwierig oder sogar unmöglich.

Ferienbetreuungsangebote tragen deshalb dazu bei, dass beide Elternteile arbeitstätig sein können, was angesichts des Fachkräftemangels auch für die Wirtschaft wichtig ist. Gute Betreuungsangebote unter Einschluss der Ferienbetreuung sind heute für viele Familien ein wichtiges Kriterium beim Entscheid der Wohnortwahl. Für die Standortgemeinden sind sie ebenfalls sehr interessant, ergeben sich doch höhere Steuererträge, wenn beide Elternteile erwerbstätig sein können. Das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB-Gesetz) verlangt denn auch, dass die Gemeinden den Bedarf an familien-ergänzender Kinderbetreuung in ihrer Gemeinde erheben und periodisch überprüfen.

Seit einigen Jahren bieten daher vielen Städte und Gemeinden neben familien-ergänzenden Tagesstrukturen während der Schule auch Ferienbetreuungsangebote an, deren Kosten nach Einkommen abgestuft werden. In der Region sind dies beispielsweise Oberwil, Bottmingen und die Gemeinden im Birseck, welche bei der Ferienbetreuung zusammenarbeiten.

Um im Standortwettbewerb mithalten zu können, soll es in Liestal deshalb auch über 2018 hinaus ein Ferienbetreuungsangebot geben, denn es entspricht bereits heute einem klaren Bedarf. Damit die Ferienbetreuung auch für Familien mit kleineren Einkommen zugänglich ist, sollen die Kosten für die Eltern unter Berücksichtigung eines Sockelbeitrags nach Einkommen abgestuft werden, wie dies das kantonale FEB-Gesetz ebenfalls verlangt. Dabei soll ein Kostendach von jährlich 30000 CHF (netto) nicht überschritten werden.

Wir bitten den Stadtrat, die Einführung eines Ferienbetreuungsangebots per Anfang 2019 zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

* * * * *

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen und zu beantworten.

Patrick Mägli (SP) hält als Postulant fest, dass wegen dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Kinderbetreuung zu einem wichtigen Thema geworden ist. Vor ein paar Jahren wurde die Subjektfinanzierung der vorschulischen Kinderbetreuung und die familienergänzende Tagesbetreuung von Kindern eingeführt. Die Kinder sind aber auch ausserhalb der Schulzeit in den Ferien zu betreuen und dies ist durch die erwerbstätigen Eltern meist nicht möglich, da deren Ferienguthaben wesentlich kürzer als die Schulferien von rund 14 Wochen sind. Das vom Verein Ferienbetreuungsinitiative (FBI) seit 2012 gemachte Ferien-Betreuungsangebot entspricht einem grossen Bedürfnis und ist schnell zu einem grossen Erfolg geworden. Viele Eltern aus Liestal sind heute auf dieses Angebot angewiesen. Eine erste Anfrage des FBI an die Stadt für die Übernahme dieser Ferienbetreuung hatte nicht geklappt, weshalb einige Ratsmitglieder das Postulat Nr. 2018/88 eingereicht haben. Den Postulanten geht es darum, dass Liestal das Ferienbetreuungsangebot wie andere Gemeinden im Kanton und der Region anbietet, was beispielsweise im Rahmen der Tagesstrukturen möglich wäre. Wichtig ist zudem, dass das Angebot auch von Familien und/oder Alleinerziehenden mit geringem Einkommen genutzt werden kann. Auch sollte die Qualität der Betreuung gewährleistet sein. Obwohl Liestal im Moment nicht auf Rosen gebettet ist, dürfte sich ein solches Angebot schlussendlich lohnen, obschon dies mit zusätzlichen Ausgaben verbunden wäre. Liestal würde im Standortwettbewerb attraktiv bleiben und Eltern würde es besser ermöglicht, dass beide Elternteile einer Arbeit nachgehen könnten. Der Rat wird von den Postulanten gebeten, den Vorstoss an den Stadtrat zu überweisen.

Michael Durrer (GL) erklärt als Mitunterzeichner des Postulates, dass die wichtigsten Punkte bereits vom Vorredner festgehalten wurden. Der Bedarf ist unbestritten und deshalb ist der Vorstoss auch breit abgestützt. Die Stadt Liestal kann es sich vermutlich gar nicht leisten, auf ein Ferienbetreuungsangebot zu verzichten, würde man doch damit einen wesentlichen Standortnachteil erfahren. Man muss auch nicht das Rad neu erfinden, denn man hat bereits tolle Angebote und Erfahrungen im Bereich familienergänzende Tagesstrukturen, welche man im Zusammenhang mit der Ferienbetreuung ebenfalls nutzen könnte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt als Mitpostulant, dass die Weiterführung eines Ferienbetreuungsangebotes für Liestal ein Muss ist. Sie selbst konnte sich schon vom guten FBI-Angebot überzeugen und deshalb ist sie froh, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen. Vielleicht gibt es auch weiterhin Freiwillige, welche weiterhin mitwirken würden. Die finanziellen Ausgaben können ja auch mit einem Kostendach plafoniert werden. Die Kitas könnten genutzt und beispielsweise der Frauenverein zur Unterstützung angefragt werden. Die Mittefraktion wird die Postulatsüberweisung grossmehrheitlich unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) fügt als Postulant hinzu, dass die Wirtschaft auch in den nächsten Jahren gut laufen wird und mit einem Angebot an familienergänzenden Tagesstrukturen sowie einer Kinderbetreuung in den Ferien können beide Elternteile oder Alleinerziehende davon profitieren, indem sie einem Erwerb nachgehen können. Der FBI-Verein hatte in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet, doch die Freiwilligenarbeit wird auch in den Vereinen immer schwieriger, weshalb der Verein selbst keine Nachfolgelösung finden konnte. Die Postulanten sind deshalb der Meinung, dass die Organisation der Ferienbetreuung von der Stadt übernommen werden sollte. Das Postulat ist offen gehalten und die Stadt muss ja nicht alles selbst organisieren. Auch das Programm und das Angebot kann ja vom FBI-Verein übernommen und weitergeführt werden. Die Administration müsste wohl schon von der Stadt übernommen werden und diese könnte für die Leistungen ja auch ein Kostendach festlegen. Die FDP-Fraktion wird das Postulat mehrheitlich unterstützen.

Beat Gränicher (SVP) bemerkt, dass die SVP-Fraktion anscheinend für die Mitunterzeichnung des Postulates angefragt wurde, doch ist diese Anfrage leider untergegangen. Selbstverständlich unterstützt seine Fraktion den Vorstoss ebenfalls und man bedauert es, dass seine Fraktion wegen dem Missverständnis nicht als Mitverfasserin des Vorstosses aufgeführt wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) äussert, in Liestal werde sehr viel Freiwilligenarbeit in zahlreichen Vereinen geleistet. Und wenn man nun neu Vereinsarbeit der Stadtverwaltung aufbürden möchte, so wäre dies für ihn der völlig falsche Weg. Es geht ihm dabei nicht einmal um den Stadtbeitrag an den FBI-Verein von CHF 15'000.--, denn es kann ja nicht die Lösung sein, dass nicht lösbare Probleme wegen fehlenden Ressourcen usw. einfach der Verwaltung übertragen werden. Zudem ist es ja auch nicht Aufgabe des Staates, den Kindern Ferienangebote zu unterbreiten. Er macht deshalb beliebt, das Postulat schon gar nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Dominique Meschberger (SP) ist ebenfalls der Meinung, dass Vereinsarbeit nicht von der Stadt übernommen werden sollte. Doch ist die Ferienbetreuung auch keine Vereinsaufgabe. Wenn das Bedürfnis für eine Ferienbetreuung vorhanden ist, sollte deshalb schon die Stadt agieren.

Michael Durrer (GL) fügt hinzu, dass die Notwendigkeit für die Betreuung von Kindern während des Tages und den Ferien wohl unbestritten ist. So leuchtet es ihm nicht ein, dass die Gemeinden während der Schulzeit für die Tagesbetreuung verantwortlich sein sollen, für die Betreuung von Kindern während den Schulferien hingegen ein Verein verantwortlich zeichnen soll.

Thomas Eugster (FDP) meint, dass von Rolf Gutzwiller bei seinem vorgängigen Votum wohl schon Äpfel mit Birnen verglichen wurden. Er unterstützt es auch nicht, dass Vereinsarbeiten dem Staat übertragen werden sollen. Der Einwohnerrat hatte unter anderem auch wegen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteilen die familienergänzenden Tagesstrukturen beschlossen und mit der Ferienbetreuung soll doch nun diese Lücke ebenfalls geschlossen werden, da dies ja wohl kaum eine Vereinsaufgabe ist.

Hanspeter Meyer (SVP) spricht sich dafür aus, dass das Postulat vom Stadtrat überprüft wird, obwohl es mit Mehrarbeit für die Verwaltung verbunden ist. Er ist zudem der Meinung, dass nicht alle Arbeiten dem Staat überbunden werden, die man nicht selbst erledigen kann oder will. An der heutigen Sitzung hatte man im Zusammenhang mit der Rechnung 2017 mehrmals lamentiert, dass den Gemeinden immer weniger Aufgaben übertragen werden, was sich auch auf den finanziellen Spielraum negativ auswirkt. Beim vorliegenden Geschäft ist der Bedarf unbestritten, doch frage er sich schon, ob diese Aufgabe nun wirklich von der Stadt übernommen und finanziert werden muss.

Vizepräsident Peter Küng (SP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich keine Ratsmitglieder mehr zum Geschäft äussern möchten.

://: Mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2018/88 vom Rat an den Stadtrat überwiesen.

152 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Markt - Bericht Stadtrat zum Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion, von Werner Fischer namens der FDP-Fraktion und Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend dem Liestaler Markt (Nr. 2014/168)

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Postulat für die stadträtliche Berichterstattung. Das Postulat ist ja von allen Fraktionen gemeinsam eingereicht worden, da man in früherer Zeit mehrmals auf Missstände betreffend dem Marktwesen aufmerksam gemacht hatte, was aber nicht viel genützt hatte. Mit Freude darf man nun feststellen, dass sich das Warten auf die neue Rathausstrasse gelohnt hatte und das neue Marktkonzept mit dem neuen Genussmarkt doch zu einer Attraktivitätssteigerung führte. Es wird begrüsst, dass der Flohmarkt wieder in die Altstadt kommt, war dieser doch auf dem Gestadeckplatz verloren. Vorbehalte bringt man aber immer noch wegen der Reduktion von 4 auf neu 2 Warenmärkte pro Jahr an, machen doch Ergänzungen und Attraktionen den Verdienstaufschlag bei den Marktfahrern nicht wett. Die Lücken beim Markt sollten besser geschlossen werden und auch sonst gibt es noch Verbesserungspotential. Ein Flop war wohl der Vergnügungspark im Fischmarkt, denn vom kleinen Luna-Park hatten die meisten Marktbesucher gar nichts mit bekommen. Die SVP-Fraktion ist mit einem grossen Teil des stadträtlichen Berichtes einverstanden und wird den Anträgen zustimmen. Man befürwortet es, dass man nach dem Versuchsjahr 2018 nochmals über die Bücher geht und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) ist als Postulantin ebenfalls erfreut darüber, dass der Vorstoss aus dem Jahre 2014 endlich Früchte trägt und vom Stadtrat beantwortet wurde. Die Zusammenarbeit mit den Marktfahrern hat sich stark verbessert. Der neue Genussmarkt ist sicher ein Treffer ins Schwarze. Der erstmals nach dem neuen Konzept durchgeführte Warenmarkt war ebenfalls ein Erfolg, muss sich aber noch etablieren. Leider ist nicht kommuniziert worden, dass beispielsweise die Bahnen im Fischmarkt bereits einen Tag vor dem Markt in Betrieb genommen wurden. Der Warenmarkt war für sie fast etwas zu gross und zu fest verzettelt und sie macht eine Konzentration des Geschehens beliebt. Von einigen Marktstandbetreibern hatte sie gehört, dass fünf Tage Weihnachtsmarkt zu lange sind, da einerseits die personellen Ressourcen für den Marktbetrieb während einer Woche fehlen und der Umsatz auch mit einer längeren Marktdauer nicht erheblich besser werden dürfte. Die Mittelfraktion wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Fabian Eisenring (SP) legt dar, dass die Postulanten mit ihrem Vorstoss ein Bekenntnis zum Markttort Liestal wollten. Dem neuen Konzept mit dem zusätzlichen Genussmarkt, der Standortverlegung des Flohmarktes und diversen anderen Neuerungen muss man wohl noch etwas Zeit geben und die Entwicklung der jeweiligen Märkte abwarten. Auch die SP-Fraktion wird den beiden Anträgen zustimmen.

Natalie Oberholzer (GL) vertritt die Meinung, dass die Anziehungskraft von Liestal als Marktort mit dem neuen Konzept bestimmt erhöht werden konnte. Dieser Erfolg ist nebst vielen Beteiligten insbesondere auch Stadtentwickler Thomas Bretscher zu verdanken, welcher vom Stadtrat als kompetente Fachperson eingesetzt wurde. Mit seinen innovativen Ideen hat er bestimmt wieder Schwung in das Marktwesen von Liestal und das Stedtl weiter entwickelt. Ihre Fraktion wird den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis nehmen und der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Stadträtin Regula Nebiker dankt für die gute Aufnahme des Berichtes. Die ersten Auswertungen der Marktkommission vom letzten Montag decken sich mit einigen Feststellungen und Meinungen der vorgängigen Votanten und erste Verbesserungsmassnahmen wurden bereits definiert. Man muss aber schon aufpassen, dass man Aussagen von einzelnen Marktfahrern nicht gleich verallgemeinert. Die Rückmeldungen zu den diesjährigen Märkten in Liestal waren fast durchwegs positiv und erfreulicherweise durfte man an den diesjährigen Markttagen durchwegs von guten Wetterbedingungen profitieren. Sie kann die Aussage ihrer Vorrednerin bestätigen und zustimmen, dass der Auftrag an Herrn Thomas Bretscher im Rahmen des Projektes Liestal 2020 sicher gut investiertes Geld ist. Schön und wichtig ist vor allem auch, dass sich die ansässigen Gewerbetreibenden doch fast durchwegs positiv zum neuen Marktkonzept äussern, da auch sie von der höheren Kundenfrequenz im Stedtli profitieren können.

Vizepräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2014/168a.

://: Das Postulat Nr. 2014/168 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Vizepräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Vize-Präsident

Peter Küng

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann